

# Greensill: Bernd Alsfasser gerät ins Kreuzfeuer

SPD und FWG kritisieren VG-Chef scharf und fordern Konsequenzen

Von unserem Redakteur  
Peter Bleyer

■ **VG Baumholder.** Eine Menge Kritik einstecken musste Verbandsgemeindebürgermeister Bernd Alsfasser, als es am Mittwochabend in der VG-Ratssitzung um die Greensill-Problematik ging. Wie bereits mehrfach berichtet, hatte die VG 750 000 Euro bei der mittlerweile insolventen Bremer Bank angelegt. Bei der sogenannten Aussprache fielen deutliche, teils harte Worte. Sie ließen erneut keinen Zweifel daran, dass es mit dem Klima im VG-Rat nicht zum Besten steht. Von Vertrauensverlust war die Rede. Dieter Rausch (FWG Dr. Nagel) stellte Bernd Alsfasser sogar die Beantragung eines Abwahlverfahrens in Aussicht.

„Gut gedacht ist nicht immer gut gemacht“, sagte Andreas Pees, Fraktionssprecher der SPD. „Aber das Argument der Verwaltung, man habe Negativzinsen vermeiden wollen, kann ich nicht nachvollziehen.“ Seiner Ansicht nach hätte man das Geld der Einheitskasse, sofern man bei einer Bank über den Wert gekommen wäre, ab dem Strafzinsen berechnet werden, auf mehrere Geldinstitute in der Region verteilen können. „Man hätte das hinbekommen, dass nicht ein Cent Strafzins angefallen wäre“, ist sich Pees sicher.

Er brachte auch sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass der VG-Bürgermeister nicht im Ältestenrat oder in irgendeinem Ausschuss Meinungen zu diesem Problem eingeholt habe, auch wenn er das laut Gemeindeordnung habe allein entscheiden dürfen. „Warum schützt man sich nicht selbst?“, fragte Pees. Der SPD-Fraktionssprecher glaubt auch, dass die Verwaltung die regionalen Kreditin-

stitute übergangen habe. Da spiele es keine große Rolle, dass diese der VG kein Angebot für eine Geldanlage gemacht hätten. „Man hätte das Geld ja einfach auf der Bank liegen lassen können.“ Er verwies darauf, dass die Kreissparkasse regelmäßig den Bürgermeistertopf fülle und der VG Spenden überweise. Die Volksbank habe bereits zweimal den Bürgerbus gesponsert.

Das Vorgehen des Bürgermeisters und der Verwaltung nannte Pees „leichtsinnig und fahrlässig“. Kein Privatmann hätte seiner Meinung nach für einen Zins von 0,15 Prozent über 18 Monate einen Verlust von 750 000 Euro in Kauf genommen. Auch sei keine genauere Überprüfung des Maklers, der die Geldanlage vermittelte, und der Greensill-Bank erfolgt. „Ein Übergehen zur Tagesordnung kann es nach diesem Desaster nicht geben“, betonte Pees.

## Rausch bringt Abwahl ins Spiel

Dieter Rausch (FWG Dr. Nagel) richtete sich zunächst an den Zweiten Beigeordneten Ignaz Forster (CDU). „Warst du in diese Sache irgendwie involviert?“, fragte er. Nachdem Forster das verneint hatte, fuhr Rausch fort: „Der VG-Bürgermeister lässt seinen Beigeordneten, was Informationen betrifft, am ausgestreckten Arm verhungern.“ Auch Rausch nannte das Agieren in Sachen Greensill „grob fahrlässig“ und einen Alleingang des Bürgermeisters. „Er hat in seinem Amtseid geschworen, Schaden abzuwenden, jetzt hat er der VG Schaden zugefügt.“ Alsfasser habe sein Vertrauen bei der FWG Dr. Nagel verspielt. „Zieh die Konsequenzen, Bernd“, sagte Rausch und ließ zunächst offen, was er genau damit meinte. Am Ende wurde

er umso deutlicher: „Die FWG Dr. Nagel hat Bernd Alsfasser dorthin gebracht, wo er jetzt ist. Wenn die Sache hier in die Hose geht, werden wir den Antrag zur Abwahl des Bürgermeisters stellen.“

Danach war es an Matthias Bachmann, im Namen der Verwaltung auf die Kritikpunkte einzugehen und die Fragen der SPD zu beantworten, die diese bereits im Vorfeld eingereicht hatte. Zunächst wies der Kämmerer darauf hin, dass die Verwaltung stets nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit handeln müsse – das gelte auch für Geldanlagen. Eine Beschränkung auf bestimmte Geldinstitute sei daher nicht möglich. Darüber hinaus dürften Zuwendungen und Spenden einer Bank nicht dazu führen, dass sie bevorzugt behandelt werde. Das könne sogar im Sinn der Vorteilsannahme strafrechtliche Konsequenzen haben.

Andreas Pees' Vorschlag, das Geld einfach auf weitere Kreditinstitute zu verteilen, nannte er eine „schöne Rechnung“. Aber dazu müsse man bei einer Bank erst mal ein Konto eröffnen können, und das sei in der derzeitigen europaweiten Finanzsituation nicht selbstverständlich. Geld ohne Strafzins zu parken, sei davon abgesehen unrealistisch.

Schlussendlich habe die Greensill-Bank, was die Geldanlage angehe, das wirtschaftlichste Angebot abgegeben. Der Makler, der dieses Geschäft vermittelt habe, sei bereits seit 1973 am Markt tätig und der Verbandsgemeinde seit zehn Jahren bekannt. „Wir hatten keine Anzeichen dafür, dass das Rating der Bank nicht aktuell war“, sagte Bachmann. „Für uns oblag das der Sorgfaltspflicht des Maklers. Wenn er uns ein Rating vor-



Bei der Bremer Greensill-Bank, die mittlerweile insolvent ist, hatte auch die VG Baumholder eine beträchtliche Summe angelegt. Dafür wurde Bürgermeister Bernd Alsfasser nun scharf kritisiert.

Foto: dpa

legt, gehe ich davon aus, dass es kein aktuelleres gibt.“ Damit nahm er zu dem Kritikpunkt Stellung, dass die Bewertung, auf Grundlage derer der VG-Chef die Geldanlage beschlossen hatte, aus dem Jahr 2019 stammt. Man werde, so der Kämmerer, Schadensersatzansprüche gegen den Makler prüfen.

Bachmann führte weiter aus, dass die Schließung der Greensill-Bank für niemanden vorherzusehen gewesen sei und wies darauf hin, dass zahlreiche andere Kommunen ebenfalls Geld bei der Bremer Bank angelegt hätten: „Wir sind ja nicht die einzigen.“ Insgesamt sind mehr als 300 Millionen Euro an öffentlichen Geldern von der Pleite betroffen. Der größte Batzen von rund 50 Millionen Euro entfällt auf das Land Thüringen.

Christian Flohr (SPD) entgegnete auf Bachmanns Vortrag, dass ein Absatz der Gemeindeordnung nicht berücksichtigt worden sei. Im Paragraph 78, Absatz 2, Satz 2 steht: „Bei Geldanlagen ist auf eine aus-

reichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag erbringen.“ Das „Ist“ sei als „Muss“ zu verstehen, und eben auf die ausreichende Sicherheit habe man nicht geachtet, so Flohr.

Abschließend machte Bachmann dem Rat mit der Feststellung Hoffnung, dass bei der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers, die 2008 für Schlagzeilen sorgte, 100 Prozent aller Einlagen zurückgezahlt werden konnten. „In unserem Fall ist nicht vorhersehbar, wie hoch der Schaden tatsächlich sein wird, falls denn überhaupt einer entsteht“, so der Kämmerer.

## Anlagerichtlinie wird erarbeitet

Aljoscha Schmidt (CDU) erklärte, er könne die kritischen Fragen, die nun gestellt wurden, gut verstehen. „Ich persönlich bin nicht so optimistisch, was die Rückerstattung angeht, weil wir im Vergleich nur eine recht geringe Summe angelegt haben. Deshalb gehe ich davon aus, dass ein beträchtlicher

Schaden entstanden ist.“ Karlheinz Gisch (FDP) sagte, die Vorgehensweise sei zwar rechtlich nicht zu beanstanden, aber dennoch sei sie nicht klug gewesen. Man hätte die Entscheidung auf mehrere Schultern verteilen sollen: „Das sollte man für die Zukunft bedenken.“

Damit gab Karlheinz Gisch das passende Stichwort: Denn unter Punkt vier sollte über den Erlass einer Richtlinie für zukünftige Anlagen diskutiert werden. Im Vorfeld der Sitzung hatte die SPD beantragt, Geld nur noch bei Banken im Kreis Birkenfeld zu belassen. Wenn das nicht möglich sei, müsse der VG-Rat entscheiden. Die LfB hatte die Gründung eines Anlageausschusses vorgeschlagen. VG-Chef Bernd Alsfasser erklärte, der Gemeinde- und Städtebund arbeite zurzeit an einem entsprechenden Muster für eine Anlagenrichtlinie, das die Verbandsgemeinde dann als Basis nehmen könne. Mit dieser Vorgehensweise zeigte sich der Rat einverstanden.